

19. September 2008

Union: Falsche Weichenstellung und Placebos für Versorgungssicherheit und Klimaschutz

Das von der Unionsfraktion beschlossene Papier „Energie für Deutschland“ macht deutlich, dass die Union keine Strategie hat, wie Versorgungssicherheit zu bezahlbaren Preisen mit einem wirksamen Klimaschutz verknüpft werden kann. Das Papier ist ein Sammelsurium verschiedener Vorschläge ohne ein klares Gesamtkonzept, getragen von dem naiven Glauben, dass eine Verlängerung der Laufzeit der Kernkraftwerke die Probleme lösen wird. Es werden Placebos verteilt statt notwendige Entscheidungen zu treffen. So sollen die staatlichen Subventionen für Energieverschwendung nicht angetastet werden. Dagegen sagt Minister Gabriel: “Steuervergünstigungen dürfen nur noch solche Betriebe erhalten, die nachweisbar in die Steigerung der Energieeffizienz investieren“.

Heilsbringer Kernenergie

Das hohe Lied auf die Kernenergie hat mit der Wirklichkeit nichts zu tun. Anders als die Union behauptet ist die Kernenergie nicht der sichere Pfeiler der Stromversorgung. 2007 standen wegen Pannen und der Revision der Kraftwerke zeitweise sechs KKW gleichzeitig still. In trockenen Sommern muss wegen fehlendem Kühlwasser die Leistung zurückgefahren werden. Tatsächlich bescheren die abgeschriebenen Kernkraftwerke den Energieversorgungsunternehmen Milliarden Gewinne. Es ist naiv zu glauben, dass die Energieversorgungsunternehmen diese Gewinne der Allgemeinheit überlassen. Völlig unterschlagen wird, dass die

Verlängerung der Laufzeiten der KKW gleichbedeutend ist mit einem Stopp für die Modernisierung der Energieversorgung. Warum soll jemand in neue und hoch effiziente Kraftwerke, in erneuerbare Energien und die Steigerung der Energieeffizienz investieren, wenn billiger Strom aus Kernkraftwerken zur Verfügung steht. Nur leider kommen diese günstigen Kosten nicht beim Verbraucher an. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass die Energieversorger wegen ihrer Monopolstellung trotz günstiger Kosten die Strompreise ständig erhöht haben. Erst wenn durch einen wachsenden Anteil erneuerbarer Energien und neue hoch effiziente Kraftwerke mehr Kapazitäten in den Markt kommen, hat das Abkassieren ein Ende. Aber genau das verhindert die von der Union vorgeschlagene Laufzeitverlängerung.

Strukturkonservative Energiepolitik

Die Union will, dass in der Stromversorgung alles bleibt wie es ist. In diesem alten Denken erscheinen Kern- und Kohlekraftwerke als verlässlich und Kraftwerke aus erneuerbaren Energien als unzuverlässig. Nicht einmal ansatzweise wird verstanden, worin die epochalen Herausforderungen einer zukunftsfähigen Energieversorgung liegen:

- Mit technisch und wirtschaftlich vernünftigen Maßnahmen kann mehr Strom eingespart werden, als die Kernkraftwerke heute erzeugen. Das vermindert die Energiekosten für Verbraucher und Wirtschaft. Die Politik ist gefordert, dafür die Weichen zu stellen.
- Der massive Ausbau der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien vermindert die Abhängigkeit von Energieimporten, vermindert die Emission der Treibhausgase und ist Motor für Wachstum und Beschäftigung. Bei der Union führen die Erneuerbaren immer noch ein Nischendasein.
- Die optimale Integration der konventionellen Energieversorgung und der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien ist die große Zukunftsaufgabe. Wenn der konventionelle Kraftwerkspark und die Erneuerbaren sich ergänzen, garantiert dies eine zuverlässige Stromversorgung und macht uns unabhängiger von Importen. Die Union sollte endlich aufhören, beide Seiten gegeneinander auszuspielen.

Union für windfallprofits der Energieversorger

In der ersten Handelsperiode hatten die Energieversorger die Emissionsrechte kostenlos erhalten. Sie hatten im Gegenzug der Bundesregierung versprochen, dass dann die Strompreise nicht steigen. Das Gegenteil war der Fall. Rund sieben Milliarden so genannte windfallprofits haben die Energieversorger mit den kostenlos zugeteilten Emissionsrechten erzielt, weil sie trotz der kostenlosen Zuteilung die Strompreise saftig erhöht haben. Die Union hat daraus nichts gelernt. Sie will wieder eine kostenlose Zuteilung der Emissionsrechte für neue Kraftwerke. Dagegen fordert das Umweltministerium, dass aus dem Verkauf der Emissionsrechte Investitionen der Verbraucher und der Wirtschaft in die Steigerung der Energieeffizienz gefördert werden und damit wirksam geholfen wird, die Energiekosten zu senken.

Der Emissionshandel ist das wichtigste Instrument für einen wirksamen Klimaschutz. Um alle möglichen Branchen und Lobbyinteressen zu begünstigen, will die Union so viele Löcher in das System bohren, dass der Emissionshandel nicht mehr richtig funktionieren kann. Eine verantwortliche Klimaschutzpolitik sieht anders aus.

Subventionen für Energieverschwendung erhalten

Heute belohnen viele staatliche Subventionen die Energieverschwendung. Die Union will, dass das so bleibt. Diese ökonomischen Fehlanreize umzukehren, ist die wichtigste Maßnahme, wenn man die Energieeffizienz unserer Volkswirtschaft steigern will. Deshalb fordert das Umweltministerium, dass nur diejenigen Steuervergünstigungen bekommen, die auch tatsächlich in die Steigerung der Energieeffizienz investieren. Ohne Gegenleistung darf es keinen Rabatt auf die Ökosteuer geben.